

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



Februar 2022

Kita-Gipfel in Tübingen fordert Gebührenfreiheit Rottenburgs Große Koalition blockiert Verbesserungen

Mitte Dezember trafen sich 35 TeilnehmerInnen des Kita-Bündnisses Tübingen digital, um über die aktuelle Situation in der Kinderbetreuung und über weitere Aktionen zu sprechen. Unter ihnen waren Manfred Niewöhner, der Verantwortliche der Stadt Tübingen, Maria Tiede als Vertreterin des Gesamtelternbeirats Tübingen und Daniel Born (SPD), der Landtagsvizepräsident, und zahlreiche Kita-Leitungen. Sie alle berichteten von der aktuellen Notlage in den Einrichtungen, die durch Corona nur noch verschärft wird: Katrin Jodeleit vom Tübinger Verband kleinerer freier Kita-Träger (KoKon) beklagte, dass in manchen Einrichtungen wegen des Personalmangels keine Aufsicht mehr möglich ist und alle Ressourcen aufgebraucht sind. Sie forderte ein Ende der „Projektitis“ der Landesregierung – die Kitas brauchen eine dauerhafte und verlässliche Finanzierung.

Maria Tiede kritisierte, dass der Druck vor allem auf Alleinerziehende stark gewachsen ist, wenn plötzlich Gruppen geschlossen werden und für die Betreuung der Kinder kein Ersatz existiert. Wegen Corona hat die Schuleingangsuntersuchung nicht stattgefunden und wurde in die Grundschulen verla-

gert, der Fachkräftemangel sei seit Jahren ein Thema. Manfred Niewöhner berichtete, dass in den 76 städtischen Einrichtungen acht Prozent der Stellen

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.



nicht besetzt sind, so dass 122 Plätze für Überdreijährige nicht genutzt werden können. Aber die dramatische Situation beginne erst! Denn in acht Jahren werden allein in Baden-

Württemberg 33.000 weitere Kita-Stellen gebraucht. Schon jetzt müssen die Zeiten für Vorbereitung, Dokumentation, Leitung und Betreuung (Öffnungszeiten) eingeschränkt werden, die Konflikte zwischen Erzieherinnen und Eltern nehmen zu. Angesichts der wachsenden Arbeitsbelastung der Fachkräfte warnte Jonas Weber (Ver.di), dass ein Viertel der Beschäftigten wegen der Arbeitsbedingungen den Beruf wechseln wollen. Auch deshalb forderte Daniel Born, dass Auszubildende nicht auf die Fachkraftquote angerechnet werden dürfen. Ellen Noetzel (KoKon) mahnte, dass bereits Anfang des Jahres im Landtag eine Debatte notwendig ist, damit für das Ausbildungsjahr ab Herbst 2022 geplant werden könne.

Rottenburgs Große Blockade-Union gegen gebührenfreie Bildung

Doro Mandler (stellvertretende SPD-Vorsitzende in Tübingen) vertrat zusammen mit Dorothea Kliche-Behnke, dass Kitas keine Betreuungs-, sondern Bildungseinrichtungen sind und der frühkindlichen Bildung absoluter Vorrang zu geben ist. Die notwendige Gebührenfreiheit dürfe nicht gegen die

>>>

Und weiter:

Stuttgart 21 - Projektgesellschaft Stuttgart-Ulm korrupt Seite 3

Hilfe für 60 Familien in Afghanistan Seite 4

Feuer und Flamme für den Plettenberg Seite 5

Der Schlachthof und die Stadtspitze-leider keine Posse Seite 6/7

Kinderarmut beruht auf Elternarmut Seite 8/9



Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer die Stadt!

Qualität in den Kitas ausgespielt werden, das Gute-Kita-Gesetz ermöglicht beides zu gleicher Zeit. Alle Teilnehmer der Kita-Konferenz traten ein für gebührenfreie Kitas von Anfang an, dies müsse absoluten Vorrang haben. Von dieser Erkenntnis ist man in Rottenburgs Gemeinderat weit entfernt. DIE LINKE hatte für den Haushalt 2022 mehrere Anträge gestellt: Gebührenfreiheit von Anfang an, ein kostenloses Mittagessen und mehr PIA-Stellen.

Doch im Vorfeld der Haushaltsberatungen hatten Schuh (CDU) und Steur (SPD) zusammen mit Grünen und den Freien Wählern ein Blockade-Bündnis geschmiedet, um alle Verbesserungen zu blockieren. Aktuell zahlen Eltern in Rottenburg bereits über eine Million Euro pro Jahr an Kita-Gebühren – auch dank der jährlichen Erhöhungen durch diese Gemeinderatsfraktionen! Geld, was vielen (jungen) Eltern und vor allem Alleinerziehenden angesichts der galoppierenden Inflation bei Lebensmitteln und

Energiepreisen immer fehlt. Sara Haug (Grüne) verstieg sich zu der Behauptung, man habe kein Geld für solche „Freiwilligkeitsleistungen“. So entpuppt sich unter Grün-

Für einen neuen sozialen Aufbruch
DIE LINKE.

Schwarz Baden - Württemberg als eins der drei rückständigsten Bundesländer, das für alle Kita-Jahre noch immer Gebühren verlangt. **Mit dem Flickenteppich von völlig unterschiedlichen Kita-Gebühren in jeder Stadt und jedem Bundesland verstößt Grün-Schwarz zudem gegen die Verpflichtung nach gleichwertigen Lebensbedingungen für alle im Grundgesetz.**

Und Eltern mit geringem Einkommen werden zu Bittstellern auf den Ämtern gemacht, die über das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) eine Ermäßigung beantragen können. Dabei ist das BuT ein Bürokratie-Monster, das 30 Prozent der Gelder für Verwaltungskosten verschlingt und so abschreckend wirkt, dass

nur 17 Prozent der Berechtigten überhaupt einen Antrag stellen. Jetzt wollen die Grünen im Gemeinderat einen zweijährigen „Modellversuch“ für „gestaffelte Beiträge“ starten – noch mehr teure Verwaltungskosten statt einer klaren Regelung für das Grundrecht auf Bildung vom Anfang des Lebens an. Hermann Sambeth (CDU) versuchte seine völlige Unkenntnis über die prekäre Situation in den Kitas durch Spott über den Linken-Antrag auf mehr Ausbildungsstellen (PIA) zu vertuschen. Allein, so löst er kein einziges Problem, sonst heißt es weiterhin in Baden-Württemberg: „Wir können nix, nicht einmal Bildung!“



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Rieseninvestitionen der Hospital-Stiftung

Bewohner müssen Investitionen mittragen

Kurz vor den Haushaltsberatungen des Gemeinderats beschloss dieser die Aufspaltung der bisherigen Hospitalstiftung mit ihren über 300 Beschäftigten in die bisherige Stiftung – verantwortlich für die Verwaltung von Grundstücken und die (Sanierung) Gebäude - und die Hospital-Pflege gGmbH (gemeinnützige GmbH), die künftig für Pflege in den Heimen, den neugegründeten mobilen Pflegedienst und die Hauswirtschaft (mit Küche) zuständig ist. Laut Geschäftsführer Klaus Stuhlmüller, der beide Bereiche leitet, werden dadurch nicht nur Betrieb und Vermögen getrennt, sondern vor allem notwendige Investitionen in das neue Pflegeheim Ergenzingen und in die Sanierung bestehender Heime ermöglicht.

Große Investitionen

Bereits für 2022 sind neben der Sanierung der Gebäude für Verwaltung, für die Küche und für das Dach im Haus am Neckar vor allem die Umwandlung von Doppelzimmern in Einzelzimmer (Haus Katharina und Haus am Hospitalgarten) sowie der Beginn des neuen Pflegeheims in Ergenzingen (mit Tagespflege) insgesamt fast 4,8 Mio.

Euro vorgesehen. Für den Zeitraum 2023 bis 2025 beläuft sich die Summe auf dann insgesamt rund 8,2 Mio. Euro, so dass sich der Schuldenstand auf ca. 8,5 Mio. Euro erhöht. Ein großer Teil davon muss über Schuldenaufnahme gedeckt werden. Ob genügend Pflegekräfte gewonnen werden können, um die hohen Kosten für Leiharbeitskräfte zu vermeiden, bleibt fraglich. Denn neue Arbeitskräfte aus dem Ausland einzuarbeiten, dauert sehr lange, so dass die Gefahr besteht, dass die Stammebelegschaft noch mehr Überstunden leisten und Urlaub verschieben muss.

DIE LINKE hat bereits für das Pflegeheim Ergenzingen auf den hohen Investitionskostenanteil (IVK) hingewiesen, für den die Bewohner mit ihrem Pflegesatz auch aufkommen müssen. Er ist dort fast dreimal so hoch wie der IVK in den aktuellen Heimen. Doch auch dort wird es für die Bewohner teurer, denn die Sanierungen und die Zinszahlungen für die Kredite können auf den Pflegesatz umgelegt werden! Im Haus Katharina und im Haus am Hospitalgarten sind die Umwandlung der Doppel- in Einzelzimmer der Landesheimordnung von 2009 geschuldet.

Sturheit von Sozialminister Lucha (Grüne)

Deshalb hatte der Sozialverband VdK die Übernahme dieser Kosten durch die Landesregierung gefordert und der Hospitalaussschuss Rottenburg dies in einem Brief an Sozialminister Lucha (Grüne) unterstützt. Lucha antwortete, „**dass mit dem Rückzug aus der Pflegeheimförderung (der Landesregierung!) höhere Kosten bei den Bewohnerinnen und Bewohnern anfallen, ist uns durchaus bewusst**“. Aber er glaube, „dass die in der stationären Pflege benötigten Kapazitäten auch weiterhin von den Trägern der Altenhilfe ohne zusätzliche staatliche Förderung geschaffen werden.“ (Brief an BM Bdenarz vom 15.1.2019) Luchas „Optimismus“ gründet sich darin, dass die Investitionskosten auf die Bewohner abgewälzt werden sollen – Würdevolles Leben im Alter wird zu einer Frage des Geldbeutels!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

S21-Projektgesellschaft Stuttgart-Ulm korrupt – und bei Tunnelbrand unfähig Menschenleben zu retten

Die DB-Tochter Projektgesellschaft Stuttgart-Ulm GmbH (PSU) kommt nicht aus den Schlagzeilen. Einerseits geht es um Korruption, andererseits um Vertuschung, dass sie nicht weiß, wie sie im Brandfall Menschen lebend aus den S21-Tunneln retten könnte. Gegen den PSU-Chef wurde bereits Zwangshaft beantragt.

Die englische Financial Times sorgte dafür, dass in deutschen Medien wieder einmal das Skandalprojekt Stuttgart 21 für Schlagzeilen sorgte und einen mutmaßlichen Korruptionsskandal aufdeckte. Doch worum geht es?

Betrug und Korruption

Der zentrale Vorwurf lautet: Mitarbeiter der PSU sollen durch überhöhte Rechnungen und weitere Manipulationen einen wirtschaftlichen Schaden in Höhe von 600 Mio Euro verursacht haben. Dies zunächst zulasten der DB, mittelbar aber durch die Verteilung von Mehrkosten auch zulasten der Projektpartner Stadt und Land, sowie zulasten der Landesmittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Durch Abrechnungstricks wurden originäre S21-Kosten umgedreht zu Kosten für kommunale Verkehrsprojekte, die dann an anderer, mit Sicherheit wichtigerer, Stelle beim Ausbau des ÖPNV fehlten.

Einschüchterung und Schikanen gegen Mitarbeiter/Mafiaverdacht

Zwei Mitarbeiter der PSU waren es, die Einblick in die betrügerischen Machenschaften einiger Kollegen hatten – und diese offensichtlich nicht mehr ertrugen. 2016 wandten sie sich vertraulich an die unternehmensinterne Compliancestelle in Berlin, die offensichtlich nichts Besseres zu tun hatte als die Namen der Whistleblower an den örtlichen PSU-Arbeitgeber durchzustechen. Es folgte ein Kesseltreiben gegen die beiden. Einer verfiel ins Schweigen, der andere wurde regelrecht rausgemobbt.

Selbst schweres arbeitsrechtliches Geschütz half dabei erstmal nicht. Die Arbeitsgerichte gaben der Kündigungsschutzklage des Whistleblowers zunächst recht. Am Ende dann kam die PSU mit dem altbekannten Argument durch, inzwischen sei das Vertrauensverhältnis zu dem Mitarbeiter so ge-

stört, dass eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr zumutbar sei.

Die Systematik des Betrugs und die Systematik der Einschüchterung und Bedrohung von Beschäftigten, die zu dem betrügerischen System nicht schweigen wollten, lässt einen alten Verdacht wieder aufkommen. Seit langem vertritt die deutsch-italienische Mafiaforscherin Petra Reski die These, dass ein Großprojekt à la Stuttgart 21 als Mafia-Hochburg kaum vorstellbar sei, ohne dass die organisierte Kriminalität hier andockt. Konkretisiert wer-



den konnte dieser Verdacht bisher nicht, jedoch ermittelt bereits die Stuttgarter Staatsanwaltschaft. Man darf gespannt sein, was dabei ans Tageslicht kommt und was investigative Journalisten sonst noch ausgraben.

Vertuschung

Unabhängig vom Korruptionsvorwurf läuft bereits seit Jahren ein Verfahren wegen Vertuschung (Strafvereitelung) gegen die PSU. Darin haben die projektkritischen Ingenieure22 mit Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen S21 Zwangshaft gegen den PSU-Chef Olaf Drescher beantragt, der in seiner Funktion auch die Verantwortung für dieses laufende Verfahren übernommen hat. Richter am Landgericht a.D. Dieter Reicherter vom Aktionsbündnis gegen S21: „Mit einer jahrelangen Hinhaltenaktik versucht die von Korruptionsvorwürfen gebeutelte PSU zu vertuschen, dass sie nicht weiß, wie sie im Brandfall Menschen lebend aus S21-Tunneln retten könnte.“

Jahrelang hatte die PSU Einsicht in entsprechende Computersimulationen zur Evakuierung mit der Begründung verweigert, die Unterlagen könnten Terroristen in die Hände fallen. Bis sie 2019 vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim dazu verpflichtet wurde. Dazu die Ingenieure22: „Schon da wurden wir hereingelegt. Die PSU hat mehr als drei Jahre behauptet, es handle sich um Simulationen für einen

Brandfall. Erst Ende 2020 gestand sie ein, dass es dabei nur um Evakuierung bei einem „Kaltereignis“, also eine technische Störung ohne Brand, ging.“

Die dann folgende Vertuschungsgeschichte liest sich wie ein Krimi: Die PSU gewährte lediglich Einsicht in einen Bericht über diese Computersimulationen, nicht in die Simulationen selbst. Damit scheiterte die PSU erneut vor Gericht: Der Vergleich beziehe sich ausdrücklich auf Simulationen im Original und nicht auf einen Bericht, so der Verwaltungsgerichtshof.

Im Folgenden behauptete die Bahn dann, sie besitze die Simulationen gar nicht. Die seien bei der von ihr beauftragten Firma Gruner AG in der Schweiz und damit nicht zugänglich. Darauf entschied der Verwaltungsgerichtshof, es

sei Aufgabe der PSU, die Simulationen herbeizuschaffen. Danach erklärte die Bahn auf einmal, die Gruner AG habe die Simulationen schon vor Jahren gelöscht. Und das, obwohl sich Gruner noch 2020 bereit erklärt hatte, am Firmensitz Einsicht zu geben, falls die PSU ihr Einverständnis erteile. Was diese prompt verweigerte. Und als die Ingenieure weiter auf ihrem Recht bestanden, behauptete nun auch die Firma Gruner AG, sie habe die Simulationen schon 2016 gelöscht.

Nun wurde es der Fachgruppe dann doch zu bunt. Sie beantragte, die Einsicht in die Simulationen durch Androhung von Zwangshaft durchzusetzen. Dazu Dieter Reicherter: „Damit befindet sich Olaf Drescher in guter Gesellschaft mit Ministerpräsident Kretschmann, gegen den wegen Verletzung von Feinstaub-Urteilen ebenfalls schon Zwangshaft beantragt werden musste.“ Jetzt hoffe man, dass Drescher spätestens hinter Gittern die Wahrheit einfällt. Notfalls müsse er die technisch mögliche Wiederherstellung der Simulationen veranlassen.

Auch wir setzten uns gegen die Machenschaften der PSU ein und werden deshalb weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**

Rottenburg

Hilfe für 60 Familien in Afghanistan

In Afghanistan leiden nach der Machtübernahme der Taliban rund die Hälfte der Bevölkerung an einer akuten Hungersnot. Seit Dezember 2021 sammelt der Verein *move on - menschen.rechte Tübingen e.V.* Spenden unter dem Motto „save our families“.

Mit den Spenden werden afghanische Familien unterstützt, die mit in Tübingen und der Region lebenden afghanischen Geflüchteten verwandt sind und die sich nach der Machtübernahme durch die Taliban in einer existenziellen Notlage befinden. Die Spenden werden primär für Lebenshaltungskosten und dabei für das dringendste Notwendige wie Essen, Kleidung, Medikamente, Wohnungs- und Heizkosten verwendet. Falls eine Familie das Land

verlassen kann, unterstützt der Verein auch bei Reisekosten oder Kosten für Pässe und Visa. Der Verein erhielt bisher 23.500 Euro von 140 Spender*innen. "Für diese solidarischen Beiträge bedanken wir uns sehr herzlich", sagt Andreas Linder, Mitglied des Vereinsvorstands. Gleichzeitig stellten die in Deutschland lebenden Angehörigen 43 Anträge für insgesamt 60 Familien in Afghanistan (405 Personen). Um diese Familien mindestens vier Monate lang mit einem durchschnittlichen Betrag von 100 bis 250 Euro unterstützen zu können und die Unterstützung danach nicht abrupt beenden zu müssen, werden mindestens 40.000 Euro gebraucht. Aus diesem Grund bittet der als gemeinnützig und mildtätig anerkannte Verein um weitere Spenden auf das Konto

menschen.rechte Tübingen e.V., VR Bank Tübingen,

IBAN: DE25 6406 1854 0308 1020 02,

Verwendungszweck: Afghanistan-Hilfe.

Der ausführliche Spendenaufruf sowie weitere Informationen sind auf der Internetseite

<https://menschen-rechte-tue.org>

zu finden.

Kontakt: **Andreas Linder,**

0151 – 50 60 52 31,

info@menschen-rechte-tue.org

Hintergründe: Die humanitäre Katastrophe - Solidarität statt Wegschauen!

In Afghanistan herrscht seit über 40 Jahren Krieg. Die zunächst von der Sowjetunion und danach von den USA geführten Stellvertreterkriege haben ein zuvor liberales und demokratisches Land ins Unheil gestürzt.



Nachdem zunächst die Taliban gegen die Sowjets hochgerüstet wurden, wurden sie nach dem „11. September“ in einem 20-jährigen „war on terror“ mit dem Ergebnis bekämpft, dass die Taliban jetzt mächtiger als je zuvor sind. Nach dem überhasteten Abzug der internationalen Truppen im August 2021 ist dieser Krieg aber nicht etwa zu Ende, sondern es ist zu befürchten, dass die jetzt wieder herrschenden Taliban das Land noch tiefer in Krieg, Chaos und Elend führen werden.

Der Krieg in Afghanistan hat Millionen von Flüchtlingen und zigtausende Tote und Verletzte unter den Soldaten und der Zivilbevölkerung verursacht und hat ein Land hinterlassen, das beim Global Peace Index und beim Global Terrorism Index als das unsicherste, gefährlichste und tödlichste Land dieser Welt geführt wird. Dieser Krieg hat ein Land hinterlassen, in der

die humanitären Lebensbedingungen katastrophal und menschenunwürdig sind. Ein Land, in das die deutsche Bundesregierung noch am 12. August 2021 abschieben wollte.

Die Machtübernahme durch die Taliban am 15. August führte zu einer hastigen und gefährlichen Evakuierungsaktion. Doch bereits am 27. August erklärte das Auswärtige Amt das Ende der Evakuierungsflüge und dass sich Deutschland ab diesem Zeitpunkt nur noch für Personen einsetzen werde, die deutsche Staatsbürger*innen sind oder die als ehemalige sog. Ortskräfte oder als besonders schutzbedürftig klassifizierte Afghan*innen (sog. „Menschenrechtsliste“) bereits vor dem 27. August eine Aufnahmezusage hatten.

Zehntausende wurden zurück und im Stich gelassen.

Kurz und bündig

Noch mehr marode Brücken

Die Propheten des Schlanken Staates mit ihrer Schwarzen Null haben nicht nur den sozialen Wohnungsbau an die Wand gefahren. Jetzt wird offensichtlich: Laut der Autobahngesellschaft des Bundes müssen jährlich nicht 200, sondern rund 400 Autobahnbrücken vollständig neu gebaut werden. Als Lobbyist der Daimler-LKW-Sparte wollten Andy Scheuer und seine CSU-Vorgänger die Autobahnen lieber „elektrifizieren“, statt sie zu sanieren. Das wird jetzt bitter und teuer und zeigt sich bei der Rheinbrücke bei Leverkusen (A1), der Salzbachtalbrücke bei Wiesbaden (A 66) und der Talbrücke Rahmede. Dort müssen täglich Tausende LKW und PKW lange Umwege fahren (und Sprit verbrauchen), die 1968 gebaute Brücke kann nie wieder befahren werden – der neue NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) ist als Ex-Verkehrsminister verantwortlich!

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

„Feuer und Flamme für den Plettenberg“

Leuchtender Protest gegen die Erweiterung der Abbaufläche durch Holcim

Am 28.12.2021 veranstaltete das Aktionsbündnis Zement Tübingen-Reutlingen Zollernalb unter dem Motto „Feuer und Flamme für den Plettenberg“ eine Demonstration auf dem Plettenberg Dotternhausen. Das Landratsamt Zollernalb hat dem Konzern Holcim genehmigt, dass innerhalb der Fläche, die schon seit vielen Jahren zum Steinbruch Plettenberg in Dotternhausen gehört, weiter abgebaut werden darf. Hierfür hat Holcim einen geänderten Abbauplan vorgelegt. Die Kulisse in Richtung Balingen soll nun jedoch nicht erst am Ende der Abbauphase, sondern früher fallen, die Ränder wurden ausgedehnt. Dies bedeutet für die umliegenden Gemeinden im Tal mehr Lärm und Dreck für viele Jahre, da die schützende Kulisse dann nicht mehr steht. 36 Menschen haben Widerspruch gegen diesen Bescheid des Landratsamts eingelegt, da Holcim mit diesem Antrag erneut versucht, ohne ordentliches Beteiligungsverfahren veränderte Tatsachen zu schaffen.

Doch das Regierungspräsidium Tübingen schüchert diese BürgerInnen mit einem Brief ein, dass ihr Widerspruch als Privatperson je nach Arbeitsaufwand zwischen 100 Euro und 5.000 Euro kostet, falls er zurückgewiesen wird! Gemeinden hingegen können kostenfrei Widerspruch einlegen. Die Stadt Balingen und drei andere Gemeinden haben das getan, Hut ab.

Regierungspräsidium Tübingen gegen Landratsamt Balingen

Aber damit nicht genug, Holcim will die Abbaufläche auf dem bisher naturbelassenen Teil des Plettenbergs um ca. 20 Hektar vergrößern, das Landratsamt hat diese Absicht bereits auf 10 Hektar reduziert. Es geht um die sogenannte Süderweiterung, die das Landratsamt in Balingen im Januar 2021 abgelehnt hatte: Holcim hatte auch nach zwei Jahren die Unterlagen zum Artenschutz nicht vollständig eingereicht.

Dabei geht es um die geschützten Vogelarten Heide- und Feldlerche, die auf dem Plettenberg leben und zu einer Handvoll dieser Art gehören, die weltweit überhaupt noch leben. Für sie müsste Holcim Ausgleichsflächen schaffen, denn die Steinbrucherweiterung wäre ein Eingriff in das Vogelschutzgebiet "Südwestalb und Oberes Donautal" und damit ein Eingriff in das Tötungsverbot dieser zum Teil streng geschützten Arten.

Wer aber denkt, Holcim hätte endlich von den Behörden einen Schuss vor den Bug erhalten, hat sich getäuscht. Das Regierungspräsidium Tübingen (RP) hat mit Bescheid vom 12. August 2021 dem Widerspruch der Firma Holcim stattgegeben. Die Entscheidung des Landratsamtes wäre rechtswidrig.

Das Genehmigungsverfahren zur Süderweiterung müsse wieder aufgenommen werden. Als Begründung führt das RP im Wesentlichen an, dass die Ablehnung des Antrags „unverhältnismäßig“ gewesen sei. Das Landratsamt hätte Holcim trotz mehrfacher Fristverlängerung noch mehr Zeit (!) geben müssen, die fehlenden Unterlagen nachzureichen.



Foto: E.Peter

Das Landratsamt Balingen teilt dazu mit: "Diese Begründung des RP widerspricht deutlich der Rechtsauffassung des Landratsamts, welches darauf hinweist, dass es klare Regelungen im Immissionsschutzrecht gibt, wonach eine Ablehnung des Antrags erfolgen soll, sofern ergänzende Unterlagen nach Ablauf einer durch die Behörde gesetzten Frist nicht rechtzeitig vorgelegt werden." Der Landrat Günther-Martin Pauli meint dazu: „Diese Entscheidung (des RP) ist aus unserer Sicht – insbesondere vor dem Hintergrund der mittlerweile längeren Verfahrensdauer und der wiederholten Fristverlängerungen – kaum nachvollziehbar“. Deshalb forderten die Demonstranten auf dem Plettenberg lautstark: „Wir sind hier, wir sind laut weil Holcim uns den Hausberg klaut! Wir sind hier, wir sind laut, weil Holcim unsere Luft versaut“.

Der Widerstand gegen Holcim wird auch vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen ausgetragen:

Am Mittwoch, den 23. März 2022 findet um 9 Uhr

in der Stadthalle Sigmaringen die dritte Verhandlungsrunde über die Verbrennung von Glasabfällen und weiteren giftigen Sondermüll ohne geeignete Filter im Zementwerk Dotternhausen statt, der die gesamte Region von Balingen, Tübingen, Rottenburg und Reutlingen bedroht.

Gastbeitrag, Beate Zöld

(Aktionsbündnis Zement Tü-Rt-Zollernalb)

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Rottenburgs Schlachthof vor dem Aus?

Bürgermeister wollen vollendete Tatsachen schaffen

Ende Januar gaben das Landratsamt Böblingen und die Stadt Rottenburg in einer gemeinsamen Pressemitteilung eine „interkommunale Kooperation“ für einen gemeinsamen Schlachthof in Gärtringen bekannt. Nach dem Skandal um die Misshandlungen an Tieren und Fehlern in der Betäubung, die die Soko Tierschutz aufgedeckt hatte, ist der Gärtringer Schlachthof bis heute geschlossen und soll jetzt auf Tierwohl, Regionalität und Fleischqualität getrimmt werden.

In einem „Vorzeigebetrieb“ mit automatisierten Schlachtprozessen und moderner Betäubungsstation sollen wöchentlich bis zu 2.000 Schweine, 100 Rinder und 100 Lämmer geschlachtet werden. Dafür sei die Vorplanung „nahezu abgeschlossen“, die Landkreise werde im März darüber beraten.

Um eine „breite wirtschaftliche Tragfähigkeit“ zu erreichen, hat der Landkreis Böblingen Gespräche mit der Gärtringer Schlachthof-Genossenschaft und der Stadt Rottenburg geführt.

Finanzierung mit großen Risiken

Dies scheint angesichts der hohen Kosten für Gärtringen dringend nötig. Denn neben Altkosten für den 20 Jahre alten Schlachthof stehen für neue Investitionen acht Mio. Euro im Raum, von denen das Land höchstens 40 Prozent trägt, der Rest muss über Darlehen des Landkreises Böblingen aufgebracht werden – und durch die Beteiligung Rottenburgs?

Im Januar 2021 trommelte Helmut Noë für die Böblinger CDU, dass Gärtringen „das Potenzial zu einem Innovations- und Forschungsschlachthof“ hat, der sich in einem interkommunalen Ansatz verwirklichen lasse. Kommt einem das vielleicht bekannt vor? Ist es Zufall, dass der damalige CDU-Landwirtschaftsminister Peter Hauk im September 2020 das Zwangsgeld gegen den Gärtringer Schlachthof „bis auf Weiteres“ aussetzte, nachdem er sich mit dem damaligen Geschäftsführer des Schlachthofs Wilhelm Dengler und 60 Landwirten getroffen hatte.

Dazu erreichte uns dieser Gastbeitrag:

Der Schlachthof und die Stadtspitze - leider keine Posse

(Gastbeitrag Klaus Weber)

Die Initiative für den Erhalt des Schlachthofs unterstützt uneingeschränkt unseren Schlachthof am jetzigen Standort - wegen des Tier-, Landschafts- und Umweltschutzes, geringerer Verkehrsbelastungen und vielen anderen guten Gründen.

Die Stadtspitze dagegen scheint die ersatzlose Schließung des Schlachthofs anzustreben. Ohne tragfähige Argumente greift vor allem OB Neher zu Mitteln, die für jedes demokratische Gemeinwesen unerträglich sind: 1. Konsequente Intransparenz durch Nichtöffentlichkeit und 2. gebetsmühlenartig wiederholte irreführende Behauptungen.

Aus vielen Unsäglichkeiten stechen zwei Behauptungen besonders hervor:

OB Neher's Aussage am 15.1. im Gemeinderat, der Schlachthof verliere bei einer Sanierung den „Bestandsschutz“ und sei dann immissionsrechtlich nicht genehmigungsfähig. „...Deswegen gibt's gar keine Möglichkeit mehr, den Schlachthof am Standort weiter zu betreiben.“

Recherchen zeigen ein anderes Bild der aktuellen Situation:

- Laut Landratsamt (07.07.21) gilt die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Schlachthofs unbefristet.
- Eine Sanierung löst kein Genehmigungsverfahren aus. „Bei ... Reparaturen des Daches, dem Einbau von Isolierfenstern, der Frischwasserversorgung und bei der Elektroinstallation ist eine immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht nicht wahrscheinlich.“ (Landratsamt 01.09.21)
- Gleiches gilt für die Modernisierung des Betriebes: „Eine Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn durch die Änderung hervorgerufene nachteilige Auswirkungen offensichtlich gering sind.“ (BIMSch). Da die Modernisierung Umweltbelastungen reduziert, ist sie nicht genehmigungspflichtig.
- Die veterinärrechtliche EU-Zulassung steht nach einer Sanierung nicht in Frage. (Landratsamt 09.07.21) >>>

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Dazu kommt:

- Der Erhalt des Baudenkmals Schlachthof, eine Pflichtaufgabe der Stadt, ist höherrangig als Sport, Kultur oder die Wirtschaftsförderung (Landesrecht BW).

- Zwei Fachbüros sehen die Sanierung bei laufendem Betrieb als machbar an.

OB Nehers Aussage bei der Bürgerversammlung in Dettingen, die Neubaulösung und der GmbH-Vertrag seien praktisch schon „in trockenen Tüchern“, soll die Öffentlichkeit täuschen.

Die Neubau- und GmbH-Wünsche des OB wirken so glaubwürdig wie der berüchtigte Enkeltrick, wenn man weiß, dass

- Rottenburgs Bürgermeister schon beim Treffen mit Landwirten und Metzgern einen Kostenrahmen für einen Neubau kannten, der bis zu 60% höher lag als in ihrer öffentlichen Präsentation (Weigel in Dettingen),

- beim Neubau nicht mit 40%, sondern zum Teil nur mit 28% Landes-Förderung zu rechnen ist (Regierungspräsidium).

- da alle Antragsfristen für die Fördermittel nicht eingehalten werden können, kann keine Förderzusage vom Land erfolgen (Regierungspräsidium).

- der vorgestellte GmbH-Vertrag wirtschaftlich und juristisch so unrealistisch ist, dass kein Zweckbetrieb der Stadt diese Konstruktion aufweisen dürfte,

- Bürgermeister Weigels launige Anmerkung im Arbeitskreis Schlachthof, dass es „auf ein paar Millionen hin oder her nicht ankommt“ endgültig die Glaubwürdigkeit ruiniert.

Warum der Rottenburger Schlachthof darüber hinaus die Aufmerksamkeit der Bürgerschaft verdient, darüber werden wir Sie in kommenden Beiträgen informieren.

Dr. med. Klaus G. Weber (Gastbeitrag)

Wahl des Bundespräsidenten 2022

Gerhard Trabert - Der LINKE Präsidentschaftskandidat

Prof. Dr. Gerhard Trabert steht für eine Gesellschaft der Solidarität und der Mitmenschlichkeit, in der jede und jeder in Würde leben kann. Der Mainzer Mediziner engagiert sich seit über 25 Jahren für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen. Als Arzt und Sozialarbeiter versorgt er Obdachlose dort, wo sie leben - auf der Straße. Mit seinem „Arztmobil“, das zugleich Sprechzimmer und Ambulanz ist, fährt er zu den Menschen, um Hilfe anzubieten: in die Tiefgarage, an die Domplätze, in ein Wäldchen, wo sie übernachten. Gemeinsam mit über 30 ehrenamtlichen Kolleg:innen verschiedener Fachrichtungen behandelt Trabert an festen Tagen in der „Poliklinik ohne Grenzen“ Menschen in prekärer Lebenslage. Die Klinik wird durch den gemeinnützigen Verein „Armut und Gesundheit“ betrieben, den Trabert 1997 gründete. Denn zunehmend erfragen auch nicht wohnungslose, arme Menschen medizinische Beratung und Hilfe: Zu den Patient:innen zählen Asylsuchende, papierlose Menschen oder ehemals privat Versicherte, die sich die Beiträge nicht mehr leisten können. "Wir wollen, dass unsere Gesellschaft wieder humaner wird. Das motiviert mich einfach."

Solidarität ohne Grenzen

Der Mainzer Arzt hilft nicht nur Menschen in Deutschland, sondern engagiert sich auch für Notleidende über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Er war bereits mehrmals im Lager auf Lesbos und hat dort medizinische Hilfe für Geflüchtete geleistet. Mit seinem Verein engagiert er sich dort konkret für Menschen mit Behinderung. So werden etwa in Deutschland dringend benötigte Prothesen angefertigt, die es vor Ort nicht gibt.

Die Regierung kommt ihrer Verantwortung nicht nach

Wohnungslose, Hartz-IV-Empfänger:innen, Geflüchtete: Die Corona-Krise trifft die am härtesten, die schon vorher zu kämpfen hatten. Doch die Regierungsparteien kommt ihrer Verantwortung gegenüber sozial benachteiligten Menschen immer weniger nach. „Die Distanz zwischen etablierter Politik und den Ärmsten der Gesellschaft wird immer größer!“

Immer wieder wurde er gefragt, ob er in die Politik gehen wolle, um sich auf diese Weise für die Realisierung seiner Forderungen einzusetzen. Dies wies er lange zurück, denn er wollte Menschen konkret und direkt helfen. Die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre haben ihn jedoch zu einem Umdenken bewegt. Gerade in den Bereichen der sozialen Gerechtigkeit und der Wahrung der Menschenrechte ist das politische Handeln von einer Ignoranz und Arroganz geprägt, die er nicht länger so hinnehmen kann. "Es ist mein Ziel, hier einen Wandel herbeizuführen!"

(Pressemitteilung DIE LINKE, Januar 2022)



Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Kinderarmut beruht auf Elternarmut

Der Niedriglohnsektor wächst

Ist Sozialminister Manne Lucha (Grüne) endlich aufgewacht? Der Bericht „Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg“ stellt fest: In der Landeshauptstadt wächst fast jedes vierte Kind in Armut auf, landesweit jedes fünfte. Der Anteil dieser armen Kinder ist mit 19 Prozent höher als der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung im Ländle mit „nur“ 16 Prozent. 32 Prozent der Vier- und Fünfjährigen zeigen bei der Einschulungsuntersuchung großen Sprachförderbedarf. Viele haben zu wenig Geld, um Freizeit- und Sportangebote nutzen zu können, bei 27 Prozent der Fünfjährigen wird eine „auffällige Grobmotorik“ festgestellt. Viele Wohnungen können nicht ausreichend beheizt, Möbel nicht ersetzt werden. All diese Defizite verschärfen sich unter der aktuellen Corona-Pandemie.

„Kinderarmut ist immer Familienarmut“, so Stephanie Saleth, Leiterin der Familienforschung Baden-Württemberg. Das wird deutlich am besonders hohen Armutsrisiko von langzeiterwerbslosen Eltern (77 Prozent), Alleinerziehenden (41 %), kinderreichen Familien (32 %) und Haushalten mit Migrationshintergrund (30%). Kinderarmut beruht nicht auf dem Versagen fauler, trunksüchtiger oder bildungsferner Eltern. Das sind Märchen der Boulevard-Presse. Die wahre, strukturelle Ursache der Familienarmut wird verursacht durch den wirtschaftlichen und politischen Willen der Verantwortlichen in diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf Profitsteigerung ausgerichtet ist. Systematisch stieg das Armutsrisiko in Baden-Württemberg bei Erwachsenen von 10,6 Prozent (2005) auf jetzt 16 % der Bevölkerung (Statist. Bundesamt). Der Sozialbericht für den Landkreis Tübingen belegt, dass der Lohn von einem Viertel aller BezieherInnen von staatlichen Leistungen so niedrig ist, dass sie Hartz IV beantragen müssen, drei Viertel von ihnen sind im Alter zwischen 25 und 55 Jahren.

Niedriglöhne – ein „Betriebsunfall“?

Eine Hauptursache ist der rasante Anstieg des Niedriglohnsektors in Deutschland, wenn der Bruttostundenlohn weniger als 60 Prozent des mittleren Bruttolohns beträgt. Im letzten Jahr

betrug er europaweit 15,5 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, in Deutschland 20,7 Prozent, fast acht Mio. Beschäftigte verdienten brutto (!) weniger als 12,27 Euro. Besonders betroffen sind Frauen und Unter-30-Jährige. Damit ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1997 um ein Viertel gewachsen. In Rottenburg sind 3.800 Personen im Niedriglohnbereich beschäftigt, rund 30 Prozent aller Beschäftigten.

Mit der Corona-Krise hat sich die soziale Situation der NiedriglöhnerInnen stark verschlechtert, denn sie müssen trotz Arbeit häufig Hartz IV beantragen, werden als erste entlassen und erhalten kein Kurzarbeitergeld. Sie trifft die Preiserhöhung bei Lebensmitteln, Energiekosten und Wohnungsmieten besonders hart und vergrößert mit ihrer Armut auch die ihrer Kinder!

Niedriglöhne als „Sprungbrett“?

Besonders geblüht hat die Zahl der Niedriglöhne nach der größten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, als in Deutschland viele Arbeitslose Existenzängste hatten und Arbeit zu allen Bedingungen annehmen mussten (Wegfall der Zumutbarkeit und Sanktionen): Jede/r vierte Beschäftigte (24,1 %) war zu niedrigem Lohn, in Leiharbeit, befristet oder mit Werkvertrag beschäftigt! Von SPD, FDP und CDU wurden Mini- und Midi-Jobs als „Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt“ gefeiert. Doch die berüchtigten Hartz-IV-Gesetze von Rot-Grün unter Gerhard Schröder dienten dazu, das Lohnniveau aller Beschäftigten bei uns zu senken. Niedriglöhne leerten die Kassen der Sozialversicherung seit 2014 um über drei Milliarden Euro. Für die Beschäftigten ist Altersarmut vorhersehbar. Diese Jobs haben 500.000 reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und keine neue armutssichere Beschäftigung geschaffen. Deshalb empfiehlt der „Rat der Arbeitswelt“ des Bundesarbeitsministers entgegen dem Bestreben von Hubertus Heil (SPD) jetzt statt der Anhebung der Obergrenze für Minijobs von 450 auf 520 Euro eine „stufenweise Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung“.

Hohe Kinderarmut trotz Hochkonjunktur

Die renommierten Armutsforscher Christoph und Carolin Butterwegge weisen in ihrem neuesten Buch „Kinder der Ungleichheit“ auf gleichbleibend hohe Zahlen der Armut von Kindern und Jugendlichen hin – trotz der Hochkonjunktur der letzten zehn Jahre mit hohen Steuereinnahmen: „Ende 2010 lebten 1,980697 Minderjährige von Hartz IV-Leistungen, fünf Jahre später waren es 1.939.187. Am 31. Dezember 2017 wurde mit 2.038999 Kindern und Jugendlichen ein weiterer Höchststand erreicht. Danach ging die Zahl wieder Jahr für Jahr etwas zurück. Ende 2020 befanden sich immer noch 1.854.695 Minderjährige im Hartz-IV-Bezug.“ Hinzu kommen aber noch Kinder von Asylbewerberfamilien und Geflüchteten und in Sozialhilfehaushalten, so dass die tatsächliche Zahl armer Minderjähriger wesentlich höher ist. Zynisch und verfassungswidrig ist es, wenn die neuen Hartz-IV-Sätze für Kinder bis 13 Jahren ab 1. Januar 2022 um zwei Euro erhöht werden, für Erwachsene um drei Euro!

Welche Kindergrundsicherung?

Bei der Bundestagswahl 2020 machten SPD und Grüne riesige, aber völlig unklare Wahlversprechen für eine Kindergrundsicherung (KGS), die alle kinderbezogenen Leistungen zusammenfassen und Anträge einfacher machen soll. Laut Koalitionsvertrag der „Ampel“ soll die KGS – ohnehin nur für Kinder, „die am meisten Unterstützung brauchen“ - frühestens Mittel 2023 ermittelt werden.

DIE LINKE fordert in einem genau berechneten Konzept ein einheitliches Kindergeld für alle von 328 Euro pro Kind, Zuschläge für Familien in Armut, für Wohn- und Heizkosten und besondere Bedarfe. Die Bildungsangebote müssen verbessert werden und eine armutsfeste, bedarfsgerechte Grundsicherung eingeführt werden. Der Mindestlohn ist auf 13 Euro zu erhöhen und das System der Niedriglöhne zurückzudrängen. Ein erster Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut wäre es, wenn endlich bundesweit die Gebührenfreiheit in der Kinderbetreuung durchgesetzt und der unerträgliche Flickenteppich unterschiedlicher Elternbeiträge beseitigt würde – denn das Grundgesetz schreibt

>>>

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ vor (Art. 72, Absatz 2). Dagegen verstößt die grün-schwarze Landesregierung, da Baden-Württemberg eins von drei Bundesländern mit vollen Elternbeiträgen ist! Stephanie Saleth, Leiterin der Familienforschung Baden-Württemberg, trat auf der Tagung „Ungleichheit trotz Reichtum! FamilienarMUT – KinderarMUT – auch in Baden-Württemberg“ (Nov. 2021)

auch für einen „kostenlosen Zugang zu Kitas“ ein. Die Bürgermeister wissen nicht einmal, wie viele armutsgefährdete Kinder es in Rottenburg gibt, wie Lioba Weingärtner beim Treffen des Familienbündnisses zur Kinderarmut feststellte. „Armut ist kein Individualversagen, sondern ein strukturelles Problem. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen verändern“, so Frau Hartmann vom Caritas-Verband und der Initiative

„Mach dich stark“ auf diesem Treffen. Von dieser Erkenntnis scheinen CDU, SPD und Grüne in Rottenburg noch meilenweit entfernt!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Welches Bild haben und verbreiten Politiker über Kinder in Armut?

Die Hartz-Gesetze von Rot-Grün (Schröder) berechneten den Regelsatz für Kinder nach den Regel-Sätzen von Erwachsenen in Prozent. Diese Sätze wurden nach dem Verbrauch in den untersten Einkommensgruppen berechnet, in denen sich vor allem Rentner und Arbeitslose befinden. Da diese keine Bildungsausgaben hätten, bekamen auch Kinder keinen Cent für Bildung. Peer Steinbrück (SPD) machte das Existenzrecht von Kindern von der Leistung ihrer Eltern abhängig: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – UND NUR UM SIE – muss sich Politik kümmern.“ (Zitat Peer Steinbrück SPD, Die Zeit vom 13.11.2003)

Das Bundesverfassungsgericht verurteilte 2010 die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder als verfassungswidrig und zwang die Regierung, je nach Alter eigene Bedarfe für Kinder festzulegen. Von der Leyen (CDU) führte 2011 das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) ein. Es behandelt Kinder als Bittsteller, damit sie (auf Antrag“ an Schulausflügen, Klassenfahrten oder Vereinssport „teilhaben“ dürfen. Ein spezielles Schulstarterpaket wurde 2020 von erbärmlichen 100 auf 150 Euro erhöht. Seit 2021 wird der Zuschuss kalenderjährlich angepasst und beträgt 154,50 Euro. Eltern brauchen für die Schülerbeförderung nicht mehr zuzahlen, Kinder erhalten Lernförderung unabhängig von ihrer Versetzungsgefährdung. Tatsache ist: 30 Prozent der Gelder für dieses BuT-Gesetz werden wegen der bürokratischen Anträge für die Verwaltung ausgegeben. Nur 17 Prozent der Anspruchsberechtigten beantragen überhaupt Geld für ihre Kinder. Wie sagte doch Ex-Minister Spahn (CDU) mit seiner 4,1 Mio.-Villa in Berlin-Dahlem, die Hartz-Gesetze sind „aktive Armutsbekämpfung“!

Besonders zynisch ist die Haltung von Tobias Hentze vom Institut der deutschen Wirtschaft gegenüber Kindern in Armut. Er will ihre Eltern erpressen, Arbeit zu jeglichen Bedingungen anzunehmen, indem er davor warnt, eine Kindergrundsicherung dürfe nicht zu hoch sein, weil den Eltern sonst „Anreize weggenommen werden, selbst erwerbstätig zu sein“ (SWP, 22.9.2021). Damit wird Kindern in Armut ihr Grundrecht auf eine allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit und auf eine gute Bildung abgesprochen, unabhängig von ihrer (sozialen) Herkunft, einer Behinderung, ihres Geschlechts oder ihrer Religion.

Kurz und bündig

Zahl der deutschen Millionäre weiter gestiegen

Laut Schweizer Bank Credit Suisse (die es wissen muss!) hat die Zahl deutscher Dollar-Millionäre um 365.000 auf fast 6,2 Mio. zugenommen („Wohlstandsstudie“ für das erste Halbjahr 2020). Diese Hyperreichen horten ein Haushaltsvermögen von insgesamt 14,8 Billionen Dollar, also unvorstellbare 14.800 Milliarden Dollar. Interessant ist, dass davon 57 Prozent auf Sachwerte wie Immobilien fallen. Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich sei in Deutschland, verglichen mit anderen europäischen Ländern wie z.B. Frankreich besonders krass: Das eine Prozent der Reichsten in Deutschland besitzt 29 Prozent des gesamten Vermögens, also rund fünf Billionen Dollar!

Dulger hetzt gegen Mindestlohn von 12 Euro

Der Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger droht mit der Flucht von Unternehmen aus Deutschland, wenn der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht würde. Dulger diffamiert ihn als „Staatslohn“. Aktuell beträgt er 9,82 Euro und liegt damit unter dem Niedriglohn von 12,27 Euro, der sich nach dem Durchschnitt aller Bruttostundenlöhne in Deutschland berechnet. Auch wenn damit der Mindestlohn immer noch unzureichend ist, würden davon 7,8 Mio. Beschäftigte bessere Löhne und später eine bessere Rente erhalten.

Inflation rauf – Mehrwertsteuer runter!

Die Zahl der Nutzer der Rottenburger Tafel ist während Corona deutlich gestiegen

Gerold Ruggaber und Andreas Weiß (Rottenburger Tafel) berichteten, dass die Zahl armer Menschen in Rottenburg von Februar bis Dezember 2021 bis zu 20 Prozent gestiegen ist: 450 Haushalte für 1300 bis 1500 Personen versorgt diese städtische Tafel. Beziehler von Arbeitslosengeld, Rente oder Bafög können sich die Preiserhöhungen für Lebensmittel und Energie nicht mehr leisten, die Inflation stieg von Dezember 2020 auf Dezember 2021 um satte 5,3 Prozent.

Unser Flüssiggas-Lieferant erhöhte den Monatsabschlag um über 30 Prozent – ein Wechsel unmöglich! Da die CO₂-Abgabe seit dem 1. Januar 2022 von 25 auf 30 Euro pro Tonne CO₂ gestiegen ist, zahlen viele Autofahrer mit dieser erhöhten CO₂-Abgabe (jetzt insgesamt 8,6 Cent pro Liter Benzin) die Millionen-Geschenke für kostenlose Emissionsrechte an Beton-Hersteller wie Holcim/ Dotternhausen mit! Die Pendler-Pauschale wirkt erst ab dem 21. Kilometer. In Österreich ist der Liter Super um rund 40 Cent billiger als in Deutschland, er kostet dort 1,45 Euro.

Für arme Haushalte geht es aber nicht nur um die Energiepreise und eine Senkung der Mineralölsteuer. Wir brauchen wir eine sofortige Senkung der Mehrwertsteuer statt bürokratischer Einzelmaßnahmen. Denn sie ist die unsozialste von allen Steuerarten, weil sie die unteren Einkommen beim täglichen Nahrungsbedarf (Brot, Fette, Obst, Gemüse, Milch) am schärfsten trifft.



Bei ihrer Einführung 1968 lag der Regelsatz noch bei zehn Prozent, Waren des täglichen Bedarfs wurden mit dem ermäßigten Satz von fünf Prozent besteuert. Dann kam der große Betrug im Bundestagswahlkampf 2005: Die SPD forderte, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen. Aber die Union wollte den regulären Satz um zwei Prozentpunkte erhöhen. Der „Kompromiss“? Im Koalitionsvertrag von CDU/ CSU und SPD einigten sie diese Parteien auf eine Erhöhung um gleich um drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007. Die Einnahmen sollten angeblich für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und für die Haushaltssanierung genutzt werden, d.h. die Konzerne wurden entlastet! So nahm der Staat 2015 insgesamt 159 Milliarden Euro an Umsatzsteuer ein. Davon bekam der Bund 52 Prozent, die Länder 45,5 Prozent und die Kommunen "gut zwei Prozent".

In Polen wird diese Steuer auf Lebensmittel, Gas und Düngemittel aktuell ganz abgeschafft, in Frankreich erhalten Menschen in Armut 200 Euro. Bei uns ist ein einmaliger Heizkostenzuschuss völlig unzureichend, Strom und Gas dürfen nicht gesperrt werden und die Regierung muss endlich handeln!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Steinbruch Frommenhausen

Erweiterungsantrag der Bau-Union im Internet

Gespannte Ruhe in Hirrlingen und Frommenhausen: Wie von vielen erwartet, wird der Antrag der Rottweiler Bau-Union für die Erweiterung des Steinbruchs über die Weihnachtsferien ins Internet gestellt (3.1.2022 bis 2.2.2022 unter www.kreis-tuebingen/bekanntmachungen). Die Einspruchsfrist läuft vom 3.2.2022 bis zum 2.3.2022. Die Unruhe war zu groß geworden, nachdem bereits eine Bürgerversammlung mit einem Vertreter der Bau-Union viele Fragen offengelassen hatte. Daraufhin hatte Dr. Peter (Die Linke) an Rottenburgs Stadtverwaltung acht Fragen gestellt, auf die er ungewöhnlich schnell Antworten bekam.

Für die Genehmigung der Steinbruch-Erweiterung ist das Landratsamt auf der Grundlage des Regionalplans 2013 zuständig. Die Stadt Rottenburg hat den Flächennutzungsplan (FNP) dementsprechend anzupassen, was laut Antwort nach einer „verkürzten öffentlichen Auslegung“ von zwei Wochen ohne „Anregungen“ im Juli 2021 geschah. Was diese erneute Auslegung notwendig machte, bleibt unklar: Noch im Februar 2021 ging es um die „Reduzierung (!) der Abbaufäche“, jetzt soll sie um rund 4,4 Hektar auf insgesamt 22,2 Hektar vergrößert und zugleich verlegt werden. Was zu diesem Sinneswandel gegenüber dem ersten Beschluss der Verkleinerung geführt hat – ein Rätsel!

Interessant ist, dass die Erweiterung des Abbaus auf jährlich 800.000 Tonnen für 8-12 Jahre geplant ist, danach folgen etwa 16 Jahre für die Verfüllung und weitere drei Jahre für den Rückbau der Anlagen, also insgesamt ein Zeitraum von 31 Jahren – beachtlich! Grundsätzlich will die Bau-Union ja alle genehmigten Abbauvorkommen in Bietenhausen, Frommenhausen und Willmandingen voll ausnutzen.

Die Stabilität des in der Nähe liegenden und sehr beliebten Kapf-Felsens aufgrund der geplanten Sprengungen wurde nicht geprüft, aber das Landratsamt schließt schon mal vorsorglich eine Gefährdung aus.

Insgesamt beruht das Verfahren auf der „Sicherung von Rohstoffen“, wie sie das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau festgelegt hat und auf dem Geportal beim Regierungspräsidium Freiburg einsehbar ist.

>>>

Diese Vorkommen auf der Karte sind wesentlich größer als der aktuelle Erweiterungsantrag enthält, sie können keineswegs automatisch in ein Abbaugebiet umgewandelt werden, sondern bedürfen eines öffentlichen Genehmigungsverfahrens. Aber: Ein solches Zulassungsverfahren für einen späteren Rohstoffabbau ist „möglich“ und hat gegen „anderweitige Raumnutzungsansprüche“ Vorrang

Die Abnutzung der Straßen durch den Schwerlastverkehr wird nicht als „übermäßig“ angesehen, ist allerdings auch nicht geprüft werden. Neben dem ruhestörenden Lärm für die Anwohner wird dies ein wichtiger Diskussionspunkt sein. Denn nicht nur die Betriebszeiten sollen auf jährlich 250 Tage plus 40 Samstage ausgeweitet werden, sondern auch die Zahl der „durchschnittlichen“ Fahrten auf 280 täglich erhöht werden. In Spitzenzeiten soll es bis zu 700 Fahrten kommen. Letztlich muss das Landratsamt Tübingen darüber entscheiden, wie viel die Lebensqualität der Bewohner und der Naturschutz zählen. Denn bisher hat die Bau-Union zahlreiche Maßnahmen der Wiederaufforstung nicht eingehalten.

500 Einwohner protestierten mit ihrer Unterschrift, Bürgermeister Wild und alle Stadträte Hirrlingens gegen die Erweiterung des Steinbruchs in Frommenhausen durch die Bau-Union. Anwohner beschwerten sich über den gesundheitsschädlichen LKW-Lärm (auch samstags ab 7 Uhr), über die Gefährdung ihrer Kinder auf dem Schulweg, über eine Verschmutzung und Abnutzung der Straßen, über die Sprengungen in der Nähe mehrerer Biotop- und Wasserschutzgebiete mit geschützten Tieren und Pflanzen und des Naturschutzgebiets Kapf-Halde. Damit das nicht 31 Jahre so weitergeht, ist gemeinsamer Widerstand der Einwohner von Frommenhausen, Bietenhausen und Hirrlingen notwendig.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Solidarisch durch die Krise!

Unter diesem Motto ruft ein neu gegründetes Rottenburger Bündnis zu einer Kundgebung auf. Statt menschenverachtender und rechtsextremer Verschwörungstheorien tritt das Bündnis für solidarische Lösungen ein: Für die Freigabe der Impfpatente, für bessere Bezahlung der Pflegekräfte, für soziale Hilfen aller Personen, die seit zwei Jahren unter der Krise leiden. Dafür müssen wir unsere demokratischen Rechte verteidigen!

Kundgebung am Montag um 18 Uhr auf dem Marktplatz Rottenburg.

Die Aktion wird unterstützt von der Linken Rottenburg und mehreren Initiativen

„Tante M“ mit Selbstbedienung in Kiebingen

Seit gut einem Jahr wurde in Kiebingen heftig gestritten, ob wieder ein Billig-Discounter oder ein Dorfladen mit regionalen Produkten ohne neue Flächenversiegelung entstehen soll. Jetzt hat sich die Genossenschaft, aus der Initiative Nahversorgung und Begegnung hervorgegangen, für das Konzept des Start-up-Unternehmers Christian Maresch und damit gegen den knappen Beschluss des Ortschaftsrats entschieden.

Ob Norma seine Ansiedlung trotzdem weiterbetreibt, ist äußerst fragwürdig, weil die Flächen einiger Grundstücksbesitzer dafür nicht zur Verfügung stehen. Deshalb dürfte der Tante-M-Laden wesentlich früher eröffnet werden. Dazu erreichte uns folgender Gast-Beitrag:

In Kiebingen soll ein Dorfladen mit Selbstbedienung entstehen

Was kann uns Besseres passieren, als einen Nahversorger zu bekommen, der von der Größe her zu unserer Einwohnerzahl in Kiebingen passt, zentral liegt und noch eine Begegnungsstätte mit Café/ Bistro bekommt? Jahrelang konnten wir zusehen, wie Gaststätten und Metzger schließen mussten. Zeitweise konnten wir nicht einmal Brot kaufen.

„Tante M“ bietet ein Vollsortiment und wird sich von anderen Dorfläden nur darin unterscheiden, dass sieben Tage die Woche von 5 bis 23 Uhr eingekauft werden kann. Die Genossenschaft hat sogar Mitspracherecht bei den regionalen Produkten. Der Laden verbunden mit dem Café/ Bistro wird zu einem lebendigen Treffpunkt werden.

Wir freuen uns auf mehr Lebensqualität im Dorf und auf ein Stück Heimat für alle.

Gastbeitrag von Petra Elsner, Rottenburg-Kiebingen

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Neue närrische Normalität ?

„Klein aber fein“ *Zunftmeister Dierk Albus*

Mag die Narrenmaske ein Symbol der Redefreiheit sein, die Organisation der Fasnet in Rotteburg ist aber bestimmt kein Symbol der Freiheit des Handelns.

Es ist schön, dass die Rottenburger Narren ein Stückchen Narrenfreiheit zurückbekommen, um sozialen Zusammenhalt und Brauchtum pflegen zu können. Eine Fasnets-Arena auf dem Marktplatz soll eingerichtet werden. Mit Arena verbinde ich eher Gladiatorenkämpfe zum Ergötzen des Volkes. Bin gespannt, wer gegen wen antreten wird.

Das Publikum muss überschaubar bleiben, denn was könnte sich alles unter dem Deckmantel des Brauchtums zusammenschließen und die Voraussetzungen für einen närrischen Spreader-Event schaffen. Die Enge der Altstadt - ein Brutnest für Infektionen?

Eine Besucherhöchstzahl wird festgelegt. Wer darf, wer nicht? Der Schnellste wird gewinnen: ein Windhundrennen. Der Schnellste wird derjenige sein, dem es gelingt die Ticketreservierung - nur online! - zu bewältigen. Ältere Brauchtumsfreunde werden das möglicherweise nicht so schnell schaffen. Vielleicht ist das aber auch gewollt: ältere sog. vulnerable Gruppen

müssen geschützt werden. Kein Ticket, keine Gefahr. Vielleicht ist das Ticket-spektakel auch nur ein Beitrag zur Volkserziehung: Erst die Arbeit, dann das Vergnügen.

Ein Triumvirat aus WTG, Narrenzunft und Stadtverwaltung wird das Ganze managen. Veranstalter soll an allen Tagen die Stadtverwaltung sein - OB Neher sozusagen als virtueller Oberrath. Überlegungen über das Verhältnis von Virtualität und Realität bieten sich an. Holt die Virtualität hier die Realität ein?

Eine Familie mit drei Kindern muss wohl drei Ticketanträge stellen, denn ein Antrag gilt nur für zwei Personen. Hoffentlich können die Karten zu gleichem - vorgegebenen - Termin abgeholt werden, Die Terminierung ist wichtig, um Schlängensbildung zu vermeiden - so viel Entgegenkommen muss sein. Das nenn ich „um den Bürger besorgt sein“. Omicron wird sich ins Virusfäustchen lachen und froh sein, dass der Karussellbetrieb nicht stattfinden soll, damit es ihm bei rasender Fahrt nicht übel wird.

Einige Verschärfungsvorschläge habe ich noch. FFP2-Masken werden nur akzeptiert, wenn sie einer roten Clown-Nase gleichen, die Arena sollte im Schänzle errichtet werden, denn niemand wollte dort im jetzigen Zustand lustig sein. Narrenmaskenträger haben Mund - Nasenschutz unter bzw. - zur besseren Kontrolle - über der Narrenmaske zu



Foto; Andreas Praefcke CC-BY 4.0

tragen. Das wären sicherlich wirksame Be- und Verhinderungsmaßnahmen.

Was sollte auch später bleiben? Ticketzwang für den Marktplatz für ein bestimmtes Zeitfenster mit elektronischer Beantragung und individuellem Ausdruck zu Hause. Einzelhandelsgeschäfte u.a. dürfen eine Aufwandsentschädigung erstatten.

Ich bin kein Narr, zumindest nicht im Sinne von „Narri Narro“, freue mich aber für die kleinen Freiheiten für die Narren. Wie sagte doch der Zunftmeister Albus: Klein aber fein. „Umständlich“ hat er vergessen.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von **DIE LINKE** auf dem Metzelpfad
Samstag, den 19. Februar 2022, 9.00 - 13.00 Uhr
Samstag, den 26. März 2022, 9.00 - 13.00 Uhr

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg wird noch bekannt gegeben.

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe: 19. März 2022



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg